

An den  
Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude  
z.Hd. Ausschussdienst Frau Baus  
Kümmelstr. 7  
20249 Hamburg

Hamburg, 1. März 2017

**Mögliche temporäre Flüchtlingsunterkunft Loogestraße  
Bezirksversammlung vom 20. Februar 2017, diverse Pressenachrichten**

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf der o.g. Sitzung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude, die u.E. auch der Anhörung von Anwohnern dienen sollte, wurde nach unserem Verständnis beschlossen, eine Flüchtlingsunterkunft an der Loogestraße (Grünstück nahe Bahndamm/Nähe Sporthalle) zu errichten bzw. diesbezüglich eine behördliche Detailplanung vorzunehmen.

**Wir drücken als Anwohner eines potentiellen Standorts Loogestraße aus nachfolgenden Gründen unseren deutlichen Protest aus:**

**1.:**

**Mangelnde Einbindung der Anwohner Loogestraße:**

- Der Schwenk von dem bisher bevorzugten Standort Seelemannpark erfolgte wie auch in der Sitzung festgestellt sehr überraschend und kurzfristig. Sehr viele Anwohner der Loogestraße waren sich dessen nicht bewusst und konnten daher nicht teilnehmen.
- Anders als von einem Redner in der Sitzung dargestellt, wurde zumindest in unserer Straße (Woldsenweg & Loehrsweg) gerade nicht gesondert auf die Veranstaltung hingewiesen (bspw. durch Flugblätter o.ä.).
- Insgesamt stand der Standort Seelemannpark in der bisherigen Diskussion ganz klar im Vordergrund. Der Standort Loogestraße wurde daher deutlich weniger diskutiert, dies gilt sowohl vor der Sitzung am 20.02.2017 als auch zunächst in der Sitzung am 20.02.2017. Gleichwohl endete die Sitzung plötzlich mit einer Richtungsentscheidung pro Standort Loogestraße!
- Wir haben unsererseits zwischenzeitlich mit diversen Nachbarn sprechen können, die sich ebenfalls völlig überfahren fühlen.
- Wenn nun der Eindruck erweckt wird, dass „die Bürger von Eppendorf“ den Standort Loogestraße vorschlagen und befürworten, so ist das schlicht völlig irreführend und falsch. Vielmehr waren vermutlich einige auf der Sitzung vertretene Anwohner des Seelemannparks froh, dass nunmehr anscheinend ein Alternativstandort zum Seelemannpark geprüft werden soll.
- Falls die Planung des Bezirks für einen anderen Standort, in dem Fall den Seelemannpark, nicht zu einer Umsetzung gelangen kann und somit für die Suche nach einem geeigneten Standort Zeit verstrichen ist, so darf doch dieser Sachverhalt

**nicht zu unseren Lasten als Anwohner des möglichen Alternativstandorts Loogestraße gehen, nur um nun hier schnell aus politischen Gründen vollendete Tatsachen zu schaffen!**

**Der Standort Loogestraße war doch zunächst nach behördlicher Vorprüfung verworfen worden, auf einmal sollte wohl unbedingt schnell eine Lösung herbeigeführt werden!**

**2.:**

### **Prüfung Alternativflächen**

- Welche Alternativflächen bzw. Nutzung bereits existierender Bauten sind tatsächlich ernsthaft geprüft worden (auch solcher Flächen auf bereits erschlossenem Gelände bzw. ohne weitere Grünflächenversiegelung)? Hierauf wurde in der Sitzung abgesehen vom Standort Seelemannpark praktisch nicht eingegangen, wobei doch offensichtlich eine ganze Reihe von anderen Alternativ-Standorten (nur kurz am Rande auf der Sitzung erwähnt) vorhanden ist. Mit dem Standort Loogestraße würde eine bislang unversiegelte, nicht mit Ver- und Entsorgung (Strom, Abwasser, Frischwasser etc.) erschlossene Grünfläche komplett erschlossen werden müssen. Standorte wie der Offakamp bieten hier bereits erschlossene und bzgl. Infrastruktur (Bus, Einkaufsmöglichkeiten) ebenso gut aufgestellte Standorte an. Ohne dass diese Alternativstandorte ernsthaft und umfassend vom Bezirk geprüft worden sind, ist seitens der Anwohner des Standorts Loogestraße eine Akzeptanz dieser Überlegungen nicht zu erwarten.

- Es stellt sich nebenbei die Frage, ob der hier verfolgte Ansatz, auch in eng bebauten und eng bewohnten Innenstadtteilen Unterkünfte zu errichten so überhaupt sinnvoll ist, wenn natürlich praktisch keine freien Flächen mehr vorhanden sein können! Hamburg verzeichnet seit vielen Jahren die Entwicklung, dass der begehrte Wohnraum in innenstadtnahen Standorten knapp ist und den Bedarf der Anwohner nicht mehr decken kann. Verdichtung, aber auch gleichzeitig die Erschließung weiter entfernterer Stadtteile sind die Folgen. In diesem Umfeld die Politik zu verfolgen, dass jeder, auch eng bebaute und bewohnte Stadtteile, nun Freiflächen oder Freigebäude für temporäre Flüchtlingsstandorte vorweisen können müssen, wird der wohnungsbaulichen Realität unserer Stadt nicht gerecht.

- Auch aus Gründen der Integration ist es doch viel sinnvoller, das Geld direkt in „echte Wohnungen“ und nicht erneute Sammelunterkünfte zu investieren. Bereits auf der Sitzung wurden mehr als EUR 3,5 Mio. Kosten für den Standort Loogestraße indiziert, nach bisherigen Bauerfahrungen der öffentlichen Hand dürfte sich dies ja weiter steigern, zumal am Standort Loogestraße u.a. auch noch entsprechende Versorgungsleitungen neu gelegt werden müssen und ganz besonders aus dem Thema Lärmschutz für die Bewohner des Standorts direkt neben der Bahn (!!)) besondere Lärmschutzkosten entstehen würden. Gerade die an diesem Standort erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen haben den Standort Loogestraße bislang als ungeeignet klassifiziert und nun in aller Eile mit erhöhten Standortkosten durch den Lärmschutz diesen Standort durchdrücken zu wollen, halten wir für nicht zielführend. „Echter“ Wohnraum wird hiermit nicht geschaffen!

**3.:**

### **Weitere Versiegelung von Grünflächen, Beeinträchtigung Stadtbild, Fällen von Bäumen**

- An der Loogestraße wurden bereits mit der kürzlich erfolgten, deutlichen Vergrößerung der Sporthalle und des Neubaus des Skaterplatzes Flächen weiter versiegelt und Bäume gefällt. Für die Sporthalle wurden hierbei sogar sehr alte, am Bahndamm befindliche Bäume vernichtet. Das Ergebnis ist jetzt bereits eine Reihung von Skaterplatz – vergrößerte Sporthalle – Freifläche der Sporthalle. Diese Aneinanderreihung von versiegelten Flächen ist

deutlich größer, als es noch vor den Baumaßnahmen um die Vergrößerung der Sporthalle war!

Der letzte verbliebene kleine Grünstreifen wird im Sommer von Familien zum Picknick genutzt, dient ganzjährig als Freifläche für Spaziergänger mit ihren Hunden und ist ein kleines Eck grün in einem ansonsten eng bebauten Gebiet.

Es ist nicht akzeptabel, dass hier weitere Flächen versiegelt werden sollen und vermutlich auch weitere Bäume gefällt werden. Dieser Teil von Eppendorf ist als innenstadtnaher und eng bebauter Stadtteil bereits baulich stark genutzt und braucht das verbliebene Grün!

- Es ist durchaus nicht so, dass es sich hier um eine nicht genutzte „Brachfläche“ handelt! U.a. wird die Fläche von Spaziergängern mit Hunden, Fußballspielern sowie regelmäßig auch für (temporäre und die Grünfläche erhaltenden) Veranstaltungen wie Zirkus und Kindertheater genutzt.

- Eine resultierende extrem enge Bebauung mit mehrstöckigen Zweckbauten an dieser wirklich äußerst schmalen Stelle beeinträchtigt das örtliche Bild sehr.

- Dieses Gelände am und um den Bahndamm ist Wohnraum von Tieren in der Stadt wie diverse Vögel (u.a. Kleiber, Specht!), Igel, Kaninchen, Wildinsekten (Bienen, Hummeln), die hierdurch voraussichtlich vertrieben werden würden, viel Natur und Baumbestand haben wir hier nicht mehr!

#### **4.:**

##### **Weitere Beeinträchtigungen**

- Mehrstöckige Gebäude am vorgesehenen Standort werden den Schall der U-Bahn auf die gegenüberliegende Wohnbebauung am Loehrsweg reflektieren (es erscheint ohnehin unklar, weshalb nach erster Ablehnung im zweiten Anlauf ein Schallgutachten für die geplanten Unterkünfte selbst „ganz plötzlich“ anders als vorher zu einem positiven Ergebnis gekommen ist – so oder so geht dies nicht auf den Aspekt des aller Voraussicht steigenden Lärmpegels für die Bestands-Wohnbebauung am Loehrsweg ein).

- Es ist völlig unklar, wie auf einem derartig schmalen Grundstück Unterkünfte für mehr als 100 Flüchtlinge geschaffen werden sollen – wir befürchten hier weitere noch nicht absehbare Beeinträchtigungen durch Baumaßnahmen. Weiterhin auch Zusatzaspekte wie Einschränkungen von Verkehrswegen, Wegfall Parkplätze etc.

#### **5.:**

##### **Völlig unverhältnismäßige Nutzungsdauer von (mehr als) zehn Jahren**

- Bei allem Verständnis für die aktuelle Flüchtlingssituation ist eine 10 (!) jährige Nutzungsdauer für eine an sich der aktuellen Sondersituation geschuldeten Übergangsunterkunft völlig unverhältnismäßig und berücksichtigt die berechtigten Interessen der Bestandsanwohner in keinster Weise (dieser Aspekt ist zusätzlich zu sehen und ist keine Abschwächung der vorgenannten Grundsatzwendungen gegen den Standort).

- Während dies so in der Sitzung schon inhaltlich erschreckend genug dargestellt wurde, fanden sich bereits wenige Minuten später Bezirksabgeordnete, die diese Dauer gleich noch länger sehen wollten; so ein Verhalten zerstört bereits verloren gegangenes Vertrauen der Bevölkerung in politische Entscheidungsträger weiter.

- Auch auf Basis dieser Erfahrung steht sehr zu befürchten, dass wenn erst einmal eine solche Unterkunft errichtet wurde, diese von den politischen Entscheidungsträgern „wie auch immer“ irgendwie weiterbetrieben wird, auch wenn der aktuelle Anlass einmal weggefallen sein sollte

Dieses Schreiben spiegelt nicht nur unsere Ansicht wider sondern ist nach vielen Rückmeldungen von und Diskussionen mit weiteren Anwohner entstanden.

Der in der am 20.02.2017 in den Präsentationsunterlagen von Herrn Sprandel vom Zentralen Koordinierungsstab Flüchtlinge hervorgerufene Eindruck, dass der Standort Loogestraße von „den Einwohnern Eppendorfs“ sowie insbesondere von den direkten Anwohnern mit berechtigten Interessen als Lösung getragen wird, ist schlicht und einfach eine Falschaussage!

Wir bitten Sie sehr um Beachtung und aufgrund vorgenannter Erwägungen dringlich um eine Nicht-Realisierung der angesprochenen Flüchtlingsunterkunft am Standort Loogestraße.

Wir sehen Ihrer Rückantwort gern entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

